Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode 30. 11. 2004

Antrag

der Abgeordneten Renate Blank, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Peter Götz, Bernd Heynemann, Ernst Hinsken, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Klaus Minkel, Marlene Mortler, Henry Nitzsche, Günter Nooke, Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Binnenschifffahrt durch konsequente Ausschöpfung aller EU-kompatiblen Beihilfemaßnahmen stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Sicherung und Erhaltung der deutschen Binnenschifffahrt, als unbestritten sicherer und umweltfreundlicher Verkehrsträger, ist ein zentrales Anliegen der Verkehrspolitik des Bundes. Eine Bewältigung des wachsenden Güterverkehrs in und durch Deutschland wäre ohne die Kapazität der Binnenschifffahrt nicht möglich. Die deutsche, überwiegend mittelständisch geprägte, Binnenschifffahrtsflotte bedarf aber dringend der Modernisierung und Erneuerung. Aufgrund der schlechten Ertragslage und mangelnder Eigenkapitalausstattung der Partikulierunternehmen, die den wesentlichen Bestand der Flotte bilden, sind größere Investitionen aktuell kaum möglich. Um dem EU-Binnenmarkt und der zunehmenden Verflechtung zwischen nationalen und internationalen Märkten gerecht zu werden, muss für die Binnenschifffahrt eine europäische Marktordnung mit harmonisierten Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Es ist dringend geboten, für die deutsche Binnenschifffahrt ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept zu entwickeln, das den Aus- und Weiterbau der Infrastruktur, die Modernisierung der Flotte, die wirtschaftliche Stabilisierung der mittelständischen Unternehmen, die Berührungsängste zwischen den Verkehrsträgern Wasser, Schiene und Straße abbaut und die Verlagerung von Transporten auf die Wasserstraße zum Ziel hat.

Angesichts der aktuellen Förderung des Binnenschifffahrtsgewerbes durch staatliche Beihilfen in anderen europäischen Ländern gerät das deutsche Gewerbe jedoch zunehmend stark unter Druck: so hat die Europäische Kommission allein in den letzten Monaten sowohl wallonische Beihilferegelungen mit Prämien für die Nachrüstung der wallonischen Binnenschifffahrtsflotte sowie für den Erwerb von Güterumschlaggerät (gestützt auf Artikel 87 Abs. 3 Buchstabe c und Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung 1107/70) sowie französische Beihilferegelungen (gestützt auf Artikel 87 Abs. 3 Buchstabe c, den Gemeinschaftsrahmen für staatliche Umweltschutzbeihilfen, den Gemeinschaftsrahmen für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen und die Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der

Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen) zur Modernisierung der Flotte und Förderung des Berufs des Binnenschiffers genehmigt.

Es wäre verkehrspolitisch nicht nachvollziehbar und kontraproduktiv, wenn derartige von der EU-Kommission offiziell genehmigte Beihilfen nicht konsequenterweise auch von der Bundesregierung zum Vorbild genommen würden, um entsprechende Fördermittel für das in Bedrängnis geratende deutsche Gewerbe zur Verfügung zu stellen. Damit würde den mittelständischen Unternehmen eine Perspektive eröffnet und die Wettbewerbsfähigkeit grenzüberschreitend gestärkt. Dies steht sowohl im Interesse einer Verlagerung der Güter auf die ökologischen Wasserstraßen als auch im Interesse der Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

- 1. dem Parlament detailliert zu berichten, welchen Ländern, in welcher Höhe und zu welchem Zweck mit Genehmigung der EU-Kommission Beihilfen zur Förderung des dortigen nationalen Binnenschifffahrtsgewerbes zur Verfügung gestellt werden;
- unverzüglich alle Fördermöglichkeiten, die mit den diesbezüglichen Wettbewerbsregeln der EU-Kommission vereinbar sind, konsequent auszuschöpfen und zu prüfen, inwieweit entsprechend den Beihilfen in anderen EU-Staaten angemessene Mittel für das deutsche Binnenschifffahrtsgewerbe zur Verfügung gestellt werden können.

Berlin, den 30. November 2004

Renate Blank Dirk Fischer (Hamburg) **Eduard Oswald** Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) Georg Brunnhuber Wolfgang Börnsen (Bönstrup) **Hubert Deittert Enak Ferlemann** Peter Götz **Bernd Hevnemann** Ernst Hinsken Klaus Hofbauer Volker Kauder Norbert Königshofen Werner Kuhn (Zingst) **Eduard Lintner** Klaus Minkel Marlene Mortler Henry Nitzsche Günter Nooke Wilhelm Josef Sebastian Gero Storjohann Lena Strothmann Volkmar Uwe Vogel Gerhard Wächter Wolfgang Zöller

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion